

## Brennglas „Antiterrorstrategie“

Deutschland und der islamische Nachbarraum

Arne C. Seifert

Vor Europas Haustür, und damit auch vor der deutschen, wird es instabiler. Die Zahl der Konflikte ist gestiegen. Sie sind schwieriger und explosiver geworden. Neben dem Nahostkonflikt weitet sich die Konfliktzone nach Iran, Afghanistan und Pakistan aus und droht nun, die Kaukasus-Region und Süd-Westasien zu erfassen. Dies ist Folge einer strategischen Umorientierung der Sicherheitspolitik im westlichen Bündnis. Sie zielt auf globale Hegemonie und damit auch globale Interventionsbereitschaft. Als Folge dieser Politik befindet sich dieser Raum in einem instabilen Zustand.

Die Fragen sind, warum sich Europa vor seiner Haustür eine neue Konfliktsituation schafft und welche Konsequenzen dies für unser Verhältnis zum islamischen Nachbarraum hat. Weil alle Spannungsherde direkt oder indirekt mit Einmischungen der USA und der EU und ihrer Mitglieder verbunden sind, werden auch Letztere zu *Mitverursachern und Konflikteilhabern*. Diese doppelte *Mittäterschaft* zieht sie in die *innere* Dynamik jener Konflikte hinein und konfrontiert sie mit den *äußeren* Konsequenzen, konkret mit dem Verhältnis der Staaten und *Gesellschaften* jener Region zu Europa. Beides erweist sich als schwere Bürde für einen europäischen Stabilitätsraum. Dabei sprechen alle Faktoren dafür, dass Europa sein Verhältnis zu seinen islamischen Nachbarregionen entspannt und auf neue Grundlagen stellt. Dazu gehören die Stabilität des geostrategischen Großraumes Europa, Nahost, Nordafrika; Energiesicherheit; innere europäische Stabilität und Integration muslimischer Bevölkerungsgruppen; Sicherheitswahrnehmungen seitens der nahöstlichen Staaten; deren Verzicht auf Atomwaffen und Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum.

Doch die Nahostpolitik der Regierung Merkel verfolgt Gegenteiliges. Das führt zu Kritik, hierzulande und auch in der Region. Selbst deutschlandfreundliche, liberale arabische Kreise lehnen Merkels Prioritätensetzung ab, die Israels Sicherheit Vorrang einräumt. Hingegen werde der „Rest“ der Region nach Kriterien wie Wohlverhalten gegenüber Israel, „Freund oder Feind“ von Islamismus oder des Westens beurteilt. Diese stigmatisierende

Freund-Feind-Bezugsordnung unterlaufe normale Beziehungen. Solche Kritik nehmen die Regierenden hierzulande in Kauf.

Dagegen erweist sich die Antiterrorstrategie 18 Jahre nach „2 + 4“ und sieben Jahre nach dem 11. September als hilfreich, um einen tiefer gehenden Politikwechsel in der Bundesrepublik herbeizuführen. Das Verlangen, „Trennung von innerer und äußerer Sicherheit“ aufzugeben; die Unterordnung von „Innen-, Wirtschafts- und Energie-, Umwelt-, Finanz-, Forschungs- und Bildungspolitik“ unter die militärische Sicherheitspolitik; „Einsatz der Bundeswehr im Inneren“, keine „außenpolitische Zurückhaltung“, Freigabe des „Einsatzes militärischer Mittel“ zur „Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffen, ... zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen“ wie sie jüngst die CDU/CSU-Bundestagsfraktion formulierte, widerspiegeln die Absicht, eine neue politische Qualität zu schaffen, die martialisches mit „Wehrhaftigkeit Deutschlands nach außen und innen“ umschrieben wird. Das wäre zu Zeiten der 2+4-Verhandlungen über die deutsche Einheit nie gewagt worden! Mit der „Antiterrorstrategie“ wurde ein Strategiewechsel des Westens vollzogen. In ihm fanden deutsche Regierungen die Möglichkeit, um nun auch außenpolitisch und militärisch global aufzusteigen. Durch direkte militärische Präsenz im Ausland zu internationaler Kontrolle.

Niemand bestreitet die Notwendigkeit, den Terror zu bekämpfen. Das wurde jedoch medienmäßig einseitig umgesetzt, um die Argumentationshoheit zu erringen. Dazu gehört auch, die Fragen nach den Ursachen und des Umgangs mit Terror, vor allem aus dem islamischen Bereich, zu diskutieren. Jedoch wird dies ausgeklammert. Was ist der politische Kern jenes neuen Konfliktes und seiner friedlichen Regelbarkeit? Die innere Logik dieser Politik sieht für jenen neuen Konflikttyp kein Ende und keinen Frieden vor, d. h. auch keine gewaltfreie Zukunft in den internationalen Beziehungen!

Wie ein Brennglas bündelt also die „Antiterrorstrategie“ Schicksalsfragen: Soll Deutschland eine internationale Friedensmacht sein oder beugt es sich einer Strategie, die Kriege, Einmischung als Norm, militärische Sicherung von Wirtschaftsinteressen, Bevormundung anderer Völker zur neuen Staatsraison erhebt?



Arne C. Seifert, geb. 1937,  
Botschafter a. D., Verband  
für Internationale Politik  
und Völkerrecht.  
A.u.PSeifert@t-online.de